

375 Jahre Universität Gießen – 25 Jahre Justus-Liebig-Universität

Die im Jahre 1982 stattfindenden Jubiläumsfeiern anlässlich des 375. Jahrestages der Gründung unserer Universität werden in Vorträgen und Publikationen die jahrhundertealte Geschichte der Universität unter vielen Gesichtspunkten behandeln. Das Jubiläumsjahr 1982 ist zugleich Anlaß für einen Rückblick auf die jüngere Geschichte unserer Universität. Die Betrachtung von 25 Jahren Aufbauarbeit seit der Wiedergründung der Universität im Jahre 1957 stellt die Gegenwartssituation in größere Zusammenhänge; die heutigen Probleme werden nicht entschärft, aber z. T. doch relativiert.

Die Vielfalt des Geschehens in diesem Vierteljahrhundert kann nicht annähernd vollständig erfaßt werden. Die einzelnen Fächer haben Darstellungen vorgelegt, die eine Fülle interessanter Details enthalten, zugleich aber auch zeigen, daß Entwicklungslinien ebenso wie der Zusammenhang der verschiedenen Fächer für den dem Geschehen nahen Beobachter oftmals nur begrenzt erkennbar sind. Im Bewußtsein dieser Begrenztheit der Perspektive sind auch die folgenden Ausführungen geschrieben.

Zwei gedanklich zu trennende, zeitlich sich überlappende Entwicklungsprozesse haben die Geschichte unserer Universität in den letzten 25 Jahren geprägt. Der *Wiederauf- und Ausbau* der vormaligen Ludoviciana als Justus-Liebig-Universität (I) beginnt – nachdem wesentliche Teile der Universität zwischenzeitlich als Hochschule fortgeführt wurden – mit der offiziellen Wiedergründung der Universität im Jahre 1957 und endet in der ersten Hälfte der

siebziger Jahre. Etwa 1970 beginnt ein – alle Universitäten erfassender – *Prozeß der Universitätsreform, d. h. der Reorganisation, der Reform der Studiengänge und der Reglementierung* (II), dessen Ursachen schon früher lagen, dessen Beginn mit dem Erlaß des Hessischen Hochschulgesetzes und des Universitätsgesetzes 1970 markiert wird. Beide Prozesse haben grundsätzlich die ganze Universität betroffen, jedoch war die Bedeutung für die einzelnen Fächerzonen sehr unterschiedlich (III).

I. Wiederauf- und Ausbau der Universität

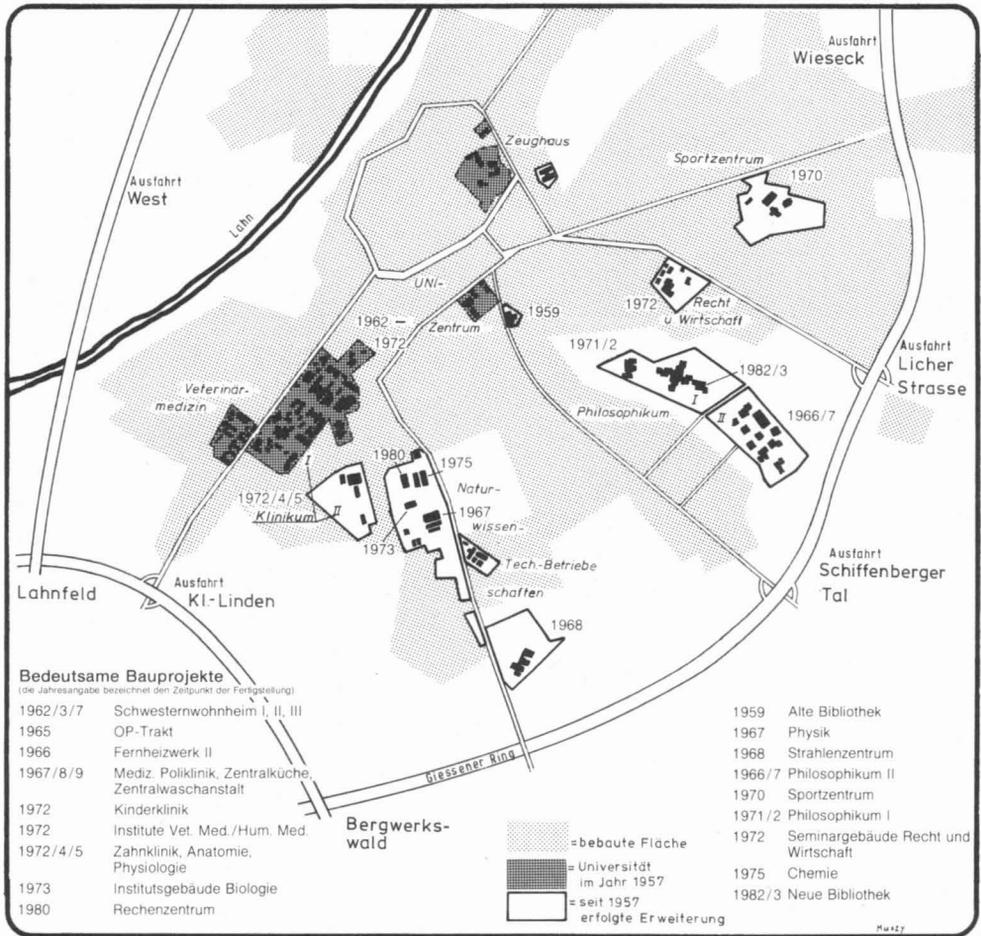
Der Wiederaufbau der Universität hatte fast unmittelbar nach der Schließung der im Kriege weitgehend zerstörten Universität 1946 mit der Gründung der *Hochschule für Bodenkunde und Veterinärmedizin* begonnen. Hier wurde jener Teil der alten Universität fortgeführt, der für die agrarwirtschaftliche Zukunft, die Deutschland damals zugestanden wurde, von Bedeutung erschien. Die Landwirtschaftliche und die Veterinärmedizinische Fakultät, ergänzt durch eine Naturwissenschaftliche Fakultät mit Ausbildungsaufgaben für die zuvor genannten Fakultäten, wurden 1950 umbenannt in die *Justus-Liebig-Hochschule*. Eingegliedert wurde die Akademie für medizinische Forschung und Fortbildung, bis 1957 beschränkt auf die klinische Ausbildung von Studenten und Fortbildungsaktivitäten. Diese Fächer bildeten 1957 den Kern der Neugründung, die als *Justus-Liebig-Universität* eine naturwissenschaftlich-biologische Universität werden sollte. Im Bewußtsein des engen Zusammenhangs

aller Fächer einer Universität bemühten sich gerade die Naturwissenschaftler und hier vor allen Dingen der Zoologe Wulf Emmo Ankel während seines zweijährigen Rektorats um den Wiederaufbau auch anderer Fächer der Ludoviciana, insbesondere der Geisteswissenschaften. 1964 war der Ausbau der Geisteswissenschaften so fortgeschritten, daß sie zur *Philosophischen Fakultät* verselbständigt werden konnten. 1962 wurde das Pädagogische Institut Weilburg als *Hochschule für Erziehung* der Universität angegliedert und später als Abteilung für Erziehungswissenschaften en-

ger integriert. Hinzu trat 1964 die *Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät*, so daß das Spektrum der alten Universität, mit Ausnahme der Forstwissenschaft (die schon zu Beginn des Krieges nach Hann. Münden verlegt worden war) und der Theologie (die nur noch im Rahmen der Lehrerbildung vertreten war) wieder vorhanden war.

Diese fachliche Erweiterung war mit einer Vergrößerung des Universitätsareals und mit Neubauten verbunden, wie sie in der Geschichte der Universität Gießen einmalig sind. Die Übersichten 1 und 2 zeigen die

Übersicht 1: Bauliche Entwicklung der Universität Gießen



räumliche Erweiterung und das Ausmaß der Investitionen in allen Teilen der Universität. Insgesamt über 875 Mio. DM wurden für Neubauten und damit verbundene Erstgeräteausrüstungen in der Zeit von 1957–1982 verwendet (nach heutiger

Kaufkraft wäre dieser Betrag erheblich höher anzusetzen).

Ein heutiger Spiegel des Ausbaus sind auch die Entwicklung des Stellenbestandes der Universität (Übersicht 3), der jährlichen Haushaltsansätze (Übersicht 4) sowie der

Übersicht 2: Ausgaben für Bauten einschließlich Erstausrüstung (Geräte)

Zeitraum	1957–61	1962–66	1967–71	1972–76	1977–81	1982	Gesamt
In Mio. DM ^a	44,8	208,2	268,1	249,2	93,4	13,6	877,5

^a Ohne Berücksichtigung der Geldentwertung

Übersicht 3: Entwicklung der Personalstellen und der Studentenzahlen in der Zeit von 1957–1982 einschließlich Klinikum

	Wissenschaftliches Personal			Wissenschaftliche Mitarb., Dozenten/H.-Ass.	Wissenschaftlicher Dienst insgesamt	Nicht-wissenschaftlicher Dienst	Personal insgesamt	Studenten	Relation Studenten/Wissenschaftliches Personal
	Professoren		Insgesamt						
	C 4	C 3/2							
1957	44	12	56	241	297	1140,5	1437,5	963	3,2
1962	76	12	88	398	486	1684	2170	3413	7,0
1967	153	75	228	927	1155	2931,5	4086,5	6298	5,5
1972	220	265	485	1164	1649	3689,5	5338,5	11498	7,0
1977	226	410	636	993	1629	3918	5547	14302	8,8
1982	229	318	547	1065	1603	4019	5622	16600	10,4 (geschätzt)

Übersicht 4: Haushaltsansätze^a der Justus-Liebig-Universität^b in Mio. DM^c

	Personalausgaben		Sachausgaben		Insgesamt		Zuschuß des Landes	
	Mio. DM	%-Index	Mio. DM	%-Index	Mio. DM	%-Index	Mio. DM	%-Index
1957	12,0	100	7,4	100	19,4	100	12,0	100
1962	29,0	241	14,2	193	43,2	223	30,0	250
1967	66,5	552	28,1	380	94,6	487	71,2	594
1972	114,9	954	47,7	645	162,6	836	122,1	1018
1977	224,3	1861	80,4	1087	304,7	1567	183,5	1531
1982	302,0	2507	128,2	1733	430,2	2213	265,5	2215

^a Die Ist-Ausgaben weichen in der Regel davon ab.

^b Inklusive selbständiger Ansätze des Klinikums und der Hochschule für Erziehungswissenschaften (1961–1963)

^c Ohne Berücksichtigung der Geldentwertung

Studentenzahlen (Übersicht 5). Die DM-Zahlen sind angesichts der Geldentwertung nicht unmittelbar vergleichbar, sie zeigen insbesondere nicht klar genug, daß das reale Wachstum Anfang der siebziger Jahre endet, während die Studentenzahlen anstiegen. Während seit der Jahrhundertwende diese Zahlen in der Universität Gießen zwischen 1000 und 2000 Studierenden schwankten (mit einem Spitzenwert von 2470 1919), stiegen diese Zahlen bis 1970 auf rund 10000 an, um dann nach Beendigung des Ausbaus weiter bis auf gegenwärtig etwa 16000 anzuwachsen. Die Zahlen spiegeln nur eine Seite der Wirklichkeit wider. Entscheidend sind auch qualitative Veränderungen. Während es in den ersten Jahren galt, den Forschungsrückstand gegenüber ausländischen Universitäten aufzuholen (was in den meisten Fächern bis etwa 1970 gelungen war), wurde die weitere Entwicklung durch eine starke Vertiefung, Spezialisierung, ja Aufsplitterung in den allermeisten Fächern geprägt. Dabei war Gießen durch den Wiederaufbau mit Neueinstellungen, neuen Geräten und Neubauten in der

glücklichen Lage, neueste Entwicklungen unmittelbar berücksichtigen zu können, wenn auch zum Teil die technische Infrastruktur fehlte. Die Auseinanderentwicklung der einzelnen Fächer und die Spezialisierung des wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Personals führte zu dem Bestreben nach Integration der einzelnen Fächer und zum Nachdenken über die Folgen der immer stärker vordringenden Wissenschaft. Die Planung der Universität, die grundsätzlich den traditionellen Fachstrukturen gefolgt war, versuchte dieses Ziel durch fachübergreifende Zentren, wie das Zentrum für Philosophie, das Zentrum für Strahlenforschung sowie das Zentrum für kontinentale Agrar- und Wirtschaftsforschung, ferner u. a. durch das Tropeninstitut und später das Zentrum für regionale Entwicklungsforschung zu berücksichtigen. Das Strahlenzentrum sollte darüber hinaus auch Ansätze für eine Zentralisierung des Geräteparks schaffen. Die steigenden Anforderungen an die Literaturversorgung, auch aus dem internationalen Raum, dürften nicht zuletzt ein Grund dafür sein, daß die 1959 nach der

Übersicht 5: Aufteilung der Studierenden nach Fächerzonen (Prozentzahlen in Klammern)

Fächerzone	Wintersemester					
	1957/58	1962/63	1967/68	1972/73	1977/78	1981/82
Rechts- u. Wirtschaftswissenschaften			651 (10,9)	1 726 (15,0)	2 475 (17,1)	2 851 (17,7)
Geisteswissenschaften	7 (0,7)	200 (6,2)	728 (12,2)	4 246 (36,9)	4 624 (32,3)	4 389 (27,4)
Volks- u. Mittelschul-Lehramt		1 276 (39,3)	2 119 (35,6)	Bei Geistes- und Naturwissenschaften mit erfaßt		
Naturwissenschaften	297 (31,5)	679 (20,9)	949 (16,0)	2 900 (25,2)	2 760 (19,3)	2 591 (16,1)
Agrarwissenschaften Ernährungs-Wiss.	188 (19,9)	293 (9,0)	544 (7,3)	1 036 (9,0)	1 840 (12,9)	2 518 (15,7)
Veterinärmedizin	333 (35,3)	343 (10,5)	540 (9,1)	616 (5,4)	781 (5,5)	1 205 (7,5)
Medizin	119 (12,6)	458 (14,1)	527 (8,9)	974 (8,5)	1 851 (12,9)	2 492 (15,5)
Summe	944 (100)	3 249 (100)	5 947 (100)	11 498 (100)	14 313 (100)	16 046 (100)

Kriegszerstörung neu errichtete Hochschulbibliothek, die für die Bedürfnisse der landwirtschaftlich-veterinärmedizinischen Hochschule geplant war, schon 1970 mit der Planung eines Neubaus beginnen mußte, der 1983 bezogen wird. Stark geprägt wurde die Entwicklung der Wissenschaft auch durch die Datenverarbeitung, die in einer raschen Entwicklung, mit nachhaltiger Unterstützung durch die Landesregierung, auch in der Universität Gießen in fast allen Fächern Einzug hielt, wenn auch ein eigener Neubau erst 1980 fertiggestellt wurde.

Die genannten Entwicklungen strahlten auch auf die Lehre aus. Der Umfang der erforderlichen Lehrinhalte explodierte förmlich und führte zu erheblichen Problemen in der Studiengestaltung. Hinzu kam, wie in allen Universitäten, die durch die Bildungspolitik des Staates ausgelöste gewaltige Steigerung der Studentenzahlen (vgl. Übersicht 5). Zusätzlich zu dieser quantitativen Ausweitung vollzog sich die Veränderung der Studieninhalte mit zusätzlichen Anforderungen an die Qualität und den Inhalt des Lehrangebotes, nicht zuletzt gerade auch in den naturwissenschaftlichen Fächern.

Dem steuerzahlenden Bürger im Lande Hessen, aber auch im übrigen Bundesgebiet, den zuständigen legislativen Organen sowie der Exekutive schuldet die Universität Dank für die gewaltige Aufbauleistung dieses Vierteljahrhunderts. Dieser Dank soll durch die Feststellung nicht geschmälert werden, daß zur Sicherung der Effizienz dieser Leistungen die Universität auch weiterhin neben eigenen Anstrengungen finanzielle Zusatzforderungen erheben muß, um unerträgliche Engpässe zu beseitigen.

II. Prozeß der Universitätsreform

Mit ausgelöst durch den Ausbauprozeß, der nach der Mißachtung der Universitäts-

prinzipien in der nationalsozialistischen Zeit in überkommenen Formen der Universität vollzogen wurde, entstanden – z. T. innerhalb der Universität – Reformforderungen, Änderungswünsche der Nicht-Ordinarien, des Mittelbaus und der Studierenden. Nach erheblichen Spannungen führten diese Forderungen in fast allen Bundesländern, in Hessen bereits 1970, zu einer Reihe von Reformen. Dieser Reformprozeß, verbunden mit Reorganisation, Studienreform, aber auch zunehmender Reglementierung, prägte – wie an fast allen anderen deutschen Universitäten – die zweite Hälfte des ersten Vierteljahrhunderts der Justus-Liebig-Universität:

□ An den Entscheidungsprozessen wurden neben den ordentlichen Professoren sämtliche Professoren sowie durch Gruppenvertretung die wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter und die Studierenden beteiligt¹. Die fächerzonenspezifische Relevanz dieser Veränderungen wird im Zusammenhang mit der fachbezogenen Darstellung im Folgenden noch erörtert.

□ Die Aufteilung der Fakultäten, die notwendig schien, weil diese als Organisationseinheiten nach der Einrichtung neuer Professuren zu groß wurden, um einem hinreichenden Teil der verschiedenen Gruppen Beteiligungsmöglichkeiten zu gewähren, hat durch die Parzellierung in Fachbereiche (Übersicht 6) – mit sehr weitgehenden Rechten – die Weiterentwicklung fachlich und persönlich in der Folge erheblich geprägt – wahrscheinlich stärker

¹ Auf die jeweils spezifischen Wünsche der einzelnen Gruppen – der Studierenden, der nichtwissenschaftlichen und der wissenschaftlichen Mitarbeiter und der Professoren – wird in diesem Beitrag deshalb nicht eingegangen, weil spezielle örtliche Aspekte kaum auftreten, während die generelle Diskussion dieser Fragen den Rahmen dieses Beitrages sprengen würde, zumal darüber an vielen anderen Stellen eingehend berichtet wurde.

als die häufig diskutierte Mitbestimmung durch die verschiedenen Gruppen.

□ Die nur noch begrenzt effiziente Rektorsverfassung wurde durch die Präsidialverfassung mit einem auf acht Jahre gewählten, mit weitreichenden Rechten in der Personal- und Wirtschaftsverwaltung ausgestatteten Präsidenten ersetzt. Die angestrebte Stärkung der Eigenverantwortung der Universität gegenüber der Landesregierung wurde durch andere Reglementierungen in der Zukunft nicht erreicht. Dagegen gewann die Universitätsleitung jedoch de jure angesichts der starken Rechte der zentralen Organe und dar-

über hinausgehend de facto durch die tatsächliche Schwäche der relativ kleinen Fachbereiche Kompetenzen, die in manchen Fällen sinnvoll und notwendig gewesen sein mögen, insgesamt gesehen aber im Hinblick auf die relative Fachferne zentraler Stellen kritisch zu beurteilen ist. Die bewährte Form der Fakultät (als Organisationseinheit, nicht als Beratungsgremium) fehlte.

□ Die Veränderung der Personalstruktur, insbesondere die Überleitung von Mitgliedern des sogenannten „Mittelbaus“ zu Professoren, hat zwar dem wissenschaftlichen Nachwuchs und den Nicht-Ordinari-

Übersicht 6: Gliederung der Universität in Fachbereiche 1971

Fakultäten	Fachbereiche
Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät	01. Rechtswissenschaften 02. Wirtschaftswissenschaften
Philosophische Fakultät	03. Gesellschaftswissenschaften 04. Erziehungswissenschaften 05. Sportwissenschaften und Kunsterziehung 06. Psychologie 07. Religionswissenschaften 08. Geschichtswissenschaften 09. Germanistik 10. Anglistik 11. Romanistik, Slavistik, Arabistik*
<i>Abteilung für Erziehungswissenschaften ging auf in den Fachbereichen 03–15 und 22</i>	
Naturwissenschaftliche Fakultät	12. Mathematik 13. Physik 14. Chemie 15. Biologie 22. Geowissenschaften und Geographie
Landwirtschaftliche Fakultät	16. Angewandte Biologie ^b 17. Angewandte Genetik und Leistungsphysiologie der Tiere ^c 19. Ernährungswissenschaften 20. Nahrungswirtschafts- und Haushaltswissenschaften 21. Umweltsicherung ^b
Veterinärmedizinische Fakultät	18. Veterinärmedizin ^c
Medizinische Fakultät	23. Humanmedizin

* Später umbenannt in Sprachen und Kulturen des Mittelmeerraumes und Osteuropas

^b Die Fachbereiche 16 und 21 wurden später zum Fachbereich 16 Angewandte Biologie und Umweltsicherung zusammengelegt.

^c Die Fachbereiche 17 und 18 wurden später zum Fachbereich 18 Veterinärmedizin und Tierzucht vereinigt.

en eine stärkere Entfaltungsmöglichkeit in Aussicht gestellt. Jedoch führte diese Entwicklung insbesondere angesichts fehlender zusätzlicher Personal- und Sachmittelausstattung zum Teil zu einer Zersplitterung der Fächer in Spezialgebiete, die sich in der Forschung und in der Lehre als problematisch erwies. Auch wurden die Qualifikations- und Entwicklungsmöglichkeiten der nachfolgenden Jahrgänge des wissenschaftlichen Nachwuchses entscheidend beeinträchtigt.

□ In Verbindung mit der Auflösung der Fakultäten wurden die einzelnen Bereiche der Abteilung für Erziehungswissenschaften den jeweiligen Fachwissenschaften in den Fachbereichen zugeordnet. Diese Maßnahme führte zu unterschiedlichen Konsequenzen; insgesamt gesehen wurde jedoch die Fachdidaktik und damit die pädagogische Ausbildung eher geschwächt als gestärkt.

□ Die Organisationsreform war begleitet von Auflagen zur Reform der Studiengänge, die – zumindest in einigen Bereichen – in der Tat einer besseren Ordnung und Transparenz bedurften, insbesondere im Hinblick auf das verstärkte Orientierungsbedürfnis der Studierenden und sich wandelnde Berufsperspektiven. Diese Studienreform führte und führt in weiten Bereichen der Universität zu einer relativen Entmachtung der Fachbereiche, weil zentrale Universitätsorgane, Kultusministerium und – möglicherweise in der Zukunft zunehmend – auch zentrale Studienreformkommissionen reglementierend eingreifen. Die für einen Außenstehenden unvorstellbare Bürokratisierung mit dem vielstufigen Instanzenzug von Fachbereichsausschüssen über Fachbereichsräte zu zentralen Kommissionen, Ausschüssen, Senat bis zum Kultusminister mit Rückverweisungen, hat im übrigen die früher übliche und auch heute notwendige ständige Veränderung

der Lehrinhalte und der Unterrichtsformen eher behindert als gefördert.

□ Eine Verschärfung der Reglementierung ergab sich darüber hinaus aus der Diskrepanz zwischen dem steigenden Finanzbedarf der Hochschulen und den Finanzen des Landes, die mangels Ausgleiches der Geldentwertung zu ständigen realen Kürzungen führte. Bewirtschaftungssysteme, wie Kapazitätsverordnungen und Maßnahmen auf Landesebene führten zu Reglementierungen, die die gesamte Universität treffen, unabhängig davon, ob Einzelinterventionen zur Beseitigung spezieller Mißstände ausreichend wären.

III. Entwicklung in den Fächerzonen

Wiederaufbau- und Reformprozeß verliefen in den einzelnen Bereichen der Universität sehr unterschiedlich. Die Auswirkungen werden nachstehend kurz zusammengestellt (in der traditionellen Reihenfolge der Fakultäten und heute der Fachbereiche):

Die *Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät* und die beiden ihr heute entsprechenden Fachbereiche konnten nach ihrer Gründung 1965 in der Personal- und Sachmittelausstattung noch relativ stark von den Ausbaumitteln profitieren, wenn auch der Bibliotheksausbau im juristischen Bereich nicht mehr beendet wurde. Durch die Zuweisung eines campusähnlichen Geländes in der Licher Straße wurde die bauliche Entwicklung zunächst positiv eingeleitet, allerdings nach der Errichtung eines Vorlesungs- und Seminargebäudes durch die Streichung des geplanten Personalgebäudes abgebrochen, so daß Altbauten, zum Teil auch außerhalb des Campus weiterhin der Unterbringung dienen. Die Schwierigkeiten der Reformgesetze trafen diesen Bereich nicht allzu hart. Die Aufteilung in zwei Fachbereiche entsprach der

Fakultätengliederung an anderen größeren Universitäten. Die Lehrstühle blieben als Einzelprofessuren erhalten. Die Personalüberleitungsprobleme bestanden nicht, da nach der erst kurz zuvor erfolgten Gründung keine Nicht-Ordinarien, kaum habilitierte Mitarbeiter und relativ wenige promovierte Mitarbeiter vorhanden waren. Ebenso wenig wurden die beiden Fachbereiche von dem Zwang zum Aufbau von Prüfungs- und Studienordnungen besonders betroffen, da diese Arbeit bereits bei der Gründung der Fachbereiche geleistet worden war; auch war ein neuer Studiengang im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften schon 1965 konzipiert worden. Angesichts hoher Studentenzahlen, die weit über die ursprüngliche Planung hinausgingen, waren beide Fachbereiche als Überlastbereiche von Mittelkürzungen und Stellenabzügen nur geringfügig betroffen. Zahlreiche Bleibeverhandlungen, die – nach einer anfänglichen Abwanderungswelle – überwiegend positiv für die Universität entschieden wurden, stärkten die Finanzbasis der Fachbereiche zusätzlich. Die *Philosophische Fakultät* und die Nachfolgefachbereiche konnten anfänglich stärker noch als die Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät von der Auf- und Ausbauphase profitieren. Nach provisorischer Unterbringung erhielten sie 1971 einen großzügig angelegten Neubaukomplex im Schifflinger Tal in unmittelbarer Nähe der Mensa, dessen Lage inzwischen durch die unmittelbar angrenzende Universitätsbibliothek sich noch verbessert hat. Auch wurde diese Fakultät mit einem relativ breiten Fächerspektrum – Gesellschaftswissenschaften, Geschichtswissenschaften, Monumentenfächer, Philologien – ausgestattet. In den folgenden Jahren häuften sich allerdings die Schwierigkeiten. Die Auflösung der Fakultät in neun, zum Teil sehr kleine Fachbereiche zersplitterte die Willensbildung und ließ

das Zusammengehörigkeitsgefühl verkümmern, obwohl in Lehre und Forschung vielfältige Beziehungen weiter bestehen mußten. Eine Reihe von Fachdidaktiken der vormaligen Abteilung für Erziehungswissenschaften wurde den entsprechenden Fachwissenschaften zugeordnet; es ergab sich damit das zum Teil recht schwierige Problem der Kooperation zwischen Fächern mit unterschiedlicher Herkunft und Ausstattung, zum Teil innerhalb eines Institutes.

Die Umwandlung der (sogenannten) Ordinarien-Universität in die (sogenannte) Gruppen-Universität führte insbesondere in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern und in der Germanistik zu speziellen Problemen, wie an den meisten anderen Universitäten auch, zumal eine relativ große Anzahl von H 2- und H 3-Stellen sowie die Überleitung promovierter wissenschaftlicher Mitarbeiter zu reformbedürftigen Strukturen geführt hatte. Besonders hart betroffen wurden die Geisteswissenschaften von der anfänglichen „Konjunktur“ und der dann folgenden Krise in der Lehrerausbildung, durch die zunächst die Lehrkapazität ausgebaut werden mußte, bis dann anschließend Stellenabzüge in größerem Maße und damit reglementierende Eingriffe der Präsidial- und Ministerialverwaltung unvermeidlich wurden, so daß die in viele „Kleine Fächer“ aufgeteilte ehemalige Philosophische Fakultät sehr bald an das Minimum der für die Existenz der Fächer erforderlichen Personalausstattung herangeführt wurde.

Die Reform der Studiengänge bereitete zusätzlich erhebliche Probleme. Während in vielen anderen Fächern der Universität von jeher eine gewisse Ordnung der Studiengänge – aus der Sicht der Philosophischen Fakultät möglicherweise als Erstarrung zu betrachten – und Transparenz auch in Form einer schriftlichen Fixierung üblich war, herrschte in den Geisteswissen-

schaften eine außerordentliche Flexibilität mit einer entsprechend geringen Durchschaubarkeit. Der Versuch, die Individualität der einzelnen Hochschullehrer, die Flexibilität und Veränderlichkeit des Angebots, sicherlich auch die sehr unterschiedlichen Wünsche der Studierenden, zu „ordnen“ und in (rechtlichen Anforderungen genügende) Studienordnungen zu überführen, wurde erst nach jahrelangen Bemühungen durch eine neue Magisterordnung – jedenfalls formell – vorerst abgeschlossen.

Zusätzliche Aufgaben entstanden, als die Lehrerausbildung, die vom Staat wegen fehlender Stellen für Universitäts-Absolventen reduziert wurde, durch neue Studiengänge zu ersetzen war. Nach anfänglichen Schwierigkeiten hat sich allerdings durch die Schaffung neuer praxisorientierter Studiengänge gerade der Bereich der ehemaligen Philosophischen Fakultät besondere Verdienste erworben. Insgesamt ist festzustellen, daß der Reformprozeß den Bereich der ehemaligen Philosophischen Fakultät vor die schwersten Belastungsproben stellte.

Die *naturwissenschaftliche Fächerzone*, in der bereits 1948 wieder Studenten aufgenommen werden konnten, war zunächst in ihren Ausgleichsmöglichkeiten entscheidend auf Eigeninitiative und die Großzügigkeit privater Spenden angewiesen, hat dann jedoch seit Wiedererrichtung der Universität nicht zuletzt aufgrund ihrer alten Tradition an der Justus-Liebig-Universität gute Startbedingungen gehabt. Nach einer ersten Unterbringung in wieder errichteten Gebäuden in der Innenstadt, in der sie sich bereits erheblich über die ihr zugeordnete Rolle als Hilfswissenschaft der Agrarwissenschaften und Veterinärmedizin hinaus entwickelt hatte, wurden in einem neuen Campus am Leihgesterner Weg 1966 bis 1968 die Physik und in der Nähe das Strahlencentrum, zu Beginn der siebzi-

ger Jahre dann das Hochhaus für die Chemie sowie ein Mehrzweck-Verfügungsgelände für die Biologie errichtet. Hinzu traten noch Tierställe, Gewächshäuser und das Rechenzentrum der Gesamtuniversität, das in unmittelbarer Nähe der Naturwissenschaften seinen Platz fand. Die Biologie verblieb mit dem Zoologischen Institut im Innenstadtbereich und mit dem Botanischen Institut im Zeughaus-Bereich. Sie ist damit über das ganze Stadtgebiet verstreut. Die Geowissenschaften behielten ihren Standort im Zeughausbereich. Diese zwar zerstreute, aber doch befriedigende räumliche Ausstattung wurde durch eine relativ gute Personalausstattung und eine anfänglich ausreichende Dotierung mit Sachmitteln in den meisten Fächern ergänzt. Allerdings ist die Geräteausstattung, die seinerzeit als Erstausrüstung gewährt wurde, inzwischen veraltet und bedarf fast überall einer Erneuerung. Die Entwicklung der Studentenzahlen war bislang in den naturwissenschaftlichen Fächern wegen der bisherigen Zurückhaltung der Abiturienten gegenüber den Naturwissenschaften – mit Ausnahme der Biologie – nicht stürmisch, scheint sich neuerdings jedoch zu beschleunigen, was zum Teil bereits jetzt, voraussichtlich aber sehr bald zu gravierenden Engpässen in allen Fächern führen wird.

Die Probleme der Hochschulreform wurden in diesem Bereich relativ gut gelöst; zwar wurde auch die Naturwissenschaftliche Fakultät in fünf Fachbereiche aufgegliedert, die aber angesichts der einzelnen Fächer lebensfähig sind, auch wenn mitunter in Lehre und Forschung sowie bei Berufsangelegenheiten eine Einflußnahme der jeweiligen Nachbarfachbereiche unerläßlich erscheint. Auch die Eingliederung der Fachdidaktiken wurde gemeistert. Studienreformprobleme waren angesichts vorhandener geordneter Studiengänge auch dann ohne übermäßige Schwierigkei-

ten lösbar, wenn in Einzelfragen Meinungsverschiedenheiten bestanden, vor allem auch im Hinblick auf die fachlichen Inhalte. Die Überleitung führte in unterschiedlichem Maße zu einer Ausweitung der Professoren-Gruppe mit einer verstärkten Auffächerung, ja Zersplitterung. Insbesondere im Fachbereich Biologie ist daher Mitarbeitermangel als Folge der Überleitung von Mitarbeitern zu Professoren fühlbar. Die finanziellen Engpässe, die die gesamte Universität gegenwärtig treffen und die in den überleitungsintensiven Fachbereichen verschärft auftreten, treffen naturgemäß die Naturwissenschaften besonders hart, sie sind hier durch die Möglichkeiten und außerordentliche Anstrengungen, Drittmittel einzuwerben, de facto gemildert worden, obwohl dies ganz sicherlich nicht die Aufgabe von Drittmitteln ist.

Die *Agrarwissenschaften* hatten bereits seit 1946, d. h. in fast ununterbrochener Kontinuität ihre Arbeit in Gießen fortgesetzt. Sie hatten damit im Grunde die besten Voraussetzungen für eine organische Weiterentwicklung und eine volle Ausnutzung der Aufschwungphase in den sechziger Jahren. Nachdem sie zunächst 1961 im wiederaufgebauten Universitäts-Hauptgebäude, im Zeughaus sowie in umliegenden Altbauten in der Innenstadt und schließlich in den Versuchsgütern außerhalb Gießens Unterkunft fanden, ist ihnen dann die Zusammenführung der räumlich zerstreuten Teilbereiche in einen geschlossenen Campus während der Neubauwelle der sechziger und siebziger Jahre nicht gelungen. Im Gegensatz zu allen anderen Bereichen der Universität wurden sie darüber hinaus am Ende der Aufbauphase der Universität sogar durch ein Gutachten des Wissenschaftsrates mit Reduzierung und Schließung bedroht. Die entstandene Ungewißheit, eine einsetzende Abwanderung und zeitweilig geringere Studierendenzah-

len sind in ihren Konsequenzen noch heute spürbar.

Die Aufgliederung der Landwirtschaftlichen Fakultät in zunächst fünf (später drei) Fachbereiche, unter Bezeichnungen, die die agrarwissenschaftliche Herkunft zum Teil kaum noch erkennen ließen, war sicherlich nicht nur Gehorsam gegenüber dem Reformgesetz, sondern auch der Versuch einer Fluchtbewegung in „ungefährdete“ Bereiche. Die Zusammenarbeit dieser sehr heterogenen Fachbereiche (sie stehen zum Teil den Naturwissenschaften, zum Teil den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften nahe) hat sich trotz der gemeinsamen Studiengänge im Bereich der Agrar- und Ernährungswissenschaften als schwierig erwiesen, zumal die Fachbereiche ihre gewonnene Selbständigkeit „schätzen“ lernten.

Die Personalüberleitung der Hochschulreform traf auch diese – angesichts ihres „Alters“ über Nicht-Ordinarien und qualifizierten Mittelbau verfügende – Fachbereiche und führte zu einer Vinselbildung von Spezialfächern, was auch in der Lehre seinen Niederschlag fand. Mitarbeiterknappheit und Finanzenge waren die Folge, die allerdings auch in diesem Bereich durch erfolgreiche Drittmittelinwerbung zum Teil „kompensiert“ werden konnten. Der verordneten Studienreform kam diese Fächerzone durch den vorherigen Aufbau eines geordneten und durchsichtigen Studiums zuvor. Eine in den letzten Jahren sehr hohe Studentenzahl verschärfte auch in diesem Bereich die Finanzsituation erheblich.

In diesem Zusammenhang ist auf die Entwicklung des haushalts- und ernährungswissenschaftlichen Studiengangs hinzuweisen, der aus den Agrarwissenschaften heraus entwickelt wurde und zunehmend auch über die Lehre hinaus zu einem sich vonselbständigenden Gebiet „Ernährungswissenschaften“ in Gießen geführt hat.

Die *Veterinärmedizinische Fakultät* konnte, wie die Landwirtschaftliche Fakultät, nach dem Kriege fast ohne Unterbrechung weiterarbeiten. Das in sich geschlossene Gelände an der Frankfurter Straße wurde durch einige Neubauten verbessert, so daß sich diese Fakultät zunächst in einer guten Situation befand; gegenwärtig ist auch hier eine starke Erneuerungsbedürftigkeit von Gebäuden und Ausstattung festzustellen, zumal das Gelände den quantitativ gestiegenen Anforderungen nur noch knapp entspricht. Die Fakultät konnte, was das Fächerspektrum anbetrifft, fast unverändert in einen veterinärmedizinischen Fachbereich überführt werden, der die Größe der anderen Fachbereiche bei weitem übertrifft, jedoch die Geschlossenheit der Entscheidungsstruktur bewahrt hat; hinzu trat das Institut für Tierzucht aus dem agrarwissenschaftlichen Bereich.

Von den Folgen der Hochschulreform wurde der Fachbereich weniger betroffen. Auch die Studienreform warf in Anbetracht der schon immer starken Durchorganisation des Studienganges keine grundsätzlichen Probleme auf. Das starke Anwachsen der Studentenzahlen in diesem numerus-clausus-Fach führte hingegen, gerade angesichts der Intensität der Ausbildung, zu schwierigen Problemen, zumal in diesem Bereich – ähnlich wie in anderen Bereichen der Naturwissenschaften – die Entwicklung der Forschung zunehmend erhöhten personellen und materiellen Aufwand erfordert. Hinzutreten in diesem Bereich die personalintensiven Dienstleistungen für die tierärztliche Patientenversorgung. Durch eine umsichtige Berufungspolitik und durch die starke und bewährte Tradition in Gießen hat die frühere Fakultät und hat der heutige Fachbereich die schwierigen Situationen, die sich zunächst durch den Wiederaufbau, später durch die Reformen und die starke Studentenwelle ergaben, relativ gut gemeistert.

Die *Medizinische Fakultät* wurde in der Hochschulreform als Ganzes in einen Fachbereich Humanmedizin überführt, der haushaltsrechtlich und auch zum Teil hochschulrechtlich ein Eigenleben in der Universität führt. Nach der Wiedererrichtung, zunächst als Akademie für Fortbildung, seit 1957 mit einem Vollstudiengang, gewann dieses Fach in der Bundesrepublik hohes Ansehen. 1970 trat die Zahnmedizin hinzu. Die Unterbringung erfolgte in Bauten aus dem vorigen Jahrhundert; nur relativ wenige Neubauten, vor allen Dingen für theoretische Fächer, konnten zunächst errichtet werden. Die Planung der Universität, außerhalb des bisherigen Fakultätsgeländes in einem Neubaugebiet ein neues Klinikum zu errichten, scheiterte Mitte der siebziger Jahre. Noch sind auch neue Pläne, innerhalb des Klinikums die bauliche Substanz in größeren oder zumindest kleineren Schritten zu erneuern, gefährdet. Damit wäre zugleich die wissenschaftliche Entwicklung dieses Fachbereiches entscheidend beeinträchtigt, da Forschung und Lehre stark mit der Entwicklung der ärztlichen Dienstleistungen verbunden sind, die wiederum mit zunehmend höheren Ansprüchen an die Ausstattung der Funktions- und Bettenbereiche gekoppelt sind. Die Hochschulreformen stellten den Fachbereich vor erhebliche Umstellungsprobleme, da angesichts der Vielzahl von Nicht-Ordinarien und eines sehr breiten akademischen Mittelbaus schwierige Strukturprobleme zu lösen waren. Die Umwandlung der Fakultät in einen Fachbereich Humanmedizin war mit der Bildung sogenannter Medizinischer Zentren und Abteilungen anstelle der herkömmlichen Kliniken und Institute verbunden – ein Prozeß, der auch heute noch nicht ganz abgeschlossen ist! Eine Fülle weiterer neuer Gesetze und Regelungen trat hinzu. Die vom Gesetz vorgesehene neue Personalstruktur

tur, die den Besonderheiten der Medizin nur unzureichend Rechnung trug, schuf erhebliche personalstrukturelle Probleme, die nach wie vor ungelöst sind.

Entscheidend wird dieser Bereich aber durch die hohen Studentenzahlen, die zum Teil durch Gerichtsurteile zur Erweiterung des numerus clausus noch zunehmen, betroffen. Studienreform kann zu wichtigen Teilen nur durch Einflußnahme auf die bundesweit geltende Approbationsordnung ausgeübt werden. Das Nebeneinander von Dienstleistung, Forschung und Lehre führt – noch ausgeprägter als in anderen Universitätsbereichen – zu einer deutlichen Überbürdung – ähnlich übrigens wie im Bereich Veterinärmedizin – der Hochschullehrer und Mitarbeiter. Auch die organisatorischen Probleme dieses Fachbereiches, unter anderem durch das Nebeneinander von Fachbereichsrat und Klinikumsvorstand sowie durch die erforderlichen Sonderkompetenzen der verantwortlichen Ärzte, lassen meines Erachtens erkennen, daß die Hochschulgesetzgebung ausgereifte Lösungen für den Bereich Medizin bisher nicht anzubieten hat.

Die Fachbereiche Humanmedizin und Veterinärmedizin/Tierzucht haben ihre Leistungsfähigkeit durch die Einrichtung von *Sonderforschungsbereichen* der Deutschen Forschungsgemeinschaft in den vergangenen Jahrzehnten besonders unter Beweis gestellt. Der Sonderforschungsbereich „Nervenheilkunde“, der von Mitgliedern des Fachbereichs Humanmedizin getragen wurde, läuft nach mehr als zehnjähriger Tätigkeit 1982 aus. Ein Sonderforschungsbereich „Pathogenitätsmechanismen von Viren“, der gemeinsam von Wissenschaftlern der Fachbereiche Humanmedizin und Veterinärmedizin getragen wird, wird seine langjährige sehr erfolgreiche Tätigkeit aller Voraussicht nach noch fortsetzen können. Eine 1981 neu geschaffene Klinische Forschungsgruppe der

Max-Planck-Gesellschaft für Blutgerinnung und Thrombose – neben einer in Münster die einzige in der Bundesrepublik – ist aus dem Zentrum für Innere Medizin heraus gewachsen. Sie soll durch Anbindung an ein Universitätsklinikum medizinische Grundlagenforschung und klinische Forschung miteinander verbinden. Hier wird besonders deutlich, daß die Forschungsaufgaben auch in beengten Situationen nach wie vor zentrale Aufgabe der Universität sind, allerdings in vielen Bereichen letztendlich nur noch über die Drittmittelfinanzierung vorangetrieben werden können.

IV. Ausblick

Der vorstehende Überblick zeigt, daß eine Reihe sich überlagernder Entwicklungen in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten an der Universität Gießen – wie ähnlich auch an anderen Universitäten – zu einer außerordentlich stürmischen, zum Teil turbulenten Expansion und Veränderung geführt haben. Mit einer gewissen Genugtuung ist festzustellen, daß – trotz des fast völligen Neubeginns – alte Traditionen, verbunden mit neuen Ansätzen, zu einer in den meisten Bereichen leistungsfähigen, zum Teil überdurchschnittlichen Lehr- und Forschungsarbeit geführt haben. Nicht unwesentlich für die Leistungskraft dieser Universität dürfte gewesen sein, daß sie insgesamt, aber auch in den einzelnen Instituten, fast nirgends mittlere Größenordnungen überschreitet. Die Arbeitsbeziehungen und die Kooperation innerhalb und zwischen den Instituten sind deshalb überschaubarer und deswegen angenehmer geblieben als in manchen größeren Universitäten. Es dürfte auch darauf zurückzuführen sein, daß – anders als in früheren Jahren – Gießen weniger oft Durchgangsstation, sondern häufig dauerhafter Arbeitsplatz für Professoren geworden ist.

Diese Feststellung stützt sich auf die Ablehnung zahlreicher auswärtiger Rufe an angesehene andere Universitäten durch Professoren in allen Fachbereichen der Universität. Unterstützt wird diese Einstellung sicherlich durch die Entwicklung von Stadt und Umgebung, aber auch durch die kraftfahrzeugbedingte erhöhte berufliche und persönliche Kommunikationsmöglichkeit über größere Entfernungen.

Es ist zu hoffen, daß diese Leistungskraft, diese Flexibilität und Anpassungsfähigkeit von Wissenschaftlern und Nicht-Wissenschaftlern auch die Probleme der achtziger Jahre meistern wird, die einst als „Goldene Jahre“ prognostiziert wurden, die jedoch – verglichen mit den sechziger und siebziger Jahren – eher düster sein werden, auch

wenn sie, verglichen mit den Entwicklungen vor und nach der Neugründung dieser Universität, erträglich erscheinen dürften. Entscheidend wird sein, daß alle Angehörigen der Universität weiterhin den entschiedenen Willen, das Beharrungsvermögen, aber auch die Beweglichkeit besitzen, einerseits bewährte Prinzipien der Universität aufrechtzuerhalten oder wieder verstärkt anzuwenden, und andererseits den neuen fachlichen Forderungen der Gegenwart, aber auch den persönlichen Wünschen und berechtigten Forderungen aller am Wissenschaftsprozeß beteiligten Gruppen – der Studierenden, der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter, der wissenschaftlichen Mitarbeiter und der Professoren – gerecht zu werden.